

Klaus Dräger

---

## Baustelle Neomarxismus

### Die Regulationsschule und Robert Brenner zu den Turbulenzen in der Weltwirtschaft

Es ist erst drei Jahre her, dass die Finanzkrisen in Südostasien, Russland und Lateinamerika Ängste schürten, die Weltwirtschaft könne in eine Depression schlittern. Sogar der wirtschaftsliberale *Economist* raunte damals: „Global Capitalism – Rest In Peace“. Zwischenzeitlich konnten IWF, Weltbank und Wirtschaftsinstitute die internationale Öffentlichkeit beruhigen: die Krise sei im Griff, vor allem die New Economy der USA treibe die Wirtschaft zu schwindelerregenden Wachstumsraten. Der Konjunkturzyklus schien angesichts von über 10 Jahren Aufschwung in den USA außer Kraft gesetzt. Wenn alle diesem Erfolgsmodell nacheiferten, schien eine rosige Zukunft mit dauerhaftem weltweitem Wachstum sicher. Sogar die Regierungschefs der Europäischen Union trauten sich vor diesem Hintergrund beim EU-Gipfel in Lissabon im März 2000, ihren Bürgerinnen und Bürgern „Vollbeschäftigung“ bis 2010 und ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 3% zu versprechen.

Doch seit März 2001 ist wieder neues Ungemach in Sicht. Der US-Wirtschaft ist der Dampf ausgegangen. Ihre Rolle als Weltkonjunkturlokomotive ist passé, die seit 1995 höheren Wachstumsraten sind wieder im Keller. Die internationalen Wertpapiermärkte haben seit dem Höhepunkt des Booms Kursverluste zwischen 20% und 30% zu verzeichnen – ein „Crash auf Raten“. Schlimmer noch: das Zukunftsprojekt „New Economy“ stürzte am härtesten ab. Nur in einem Jahr wurde der Gegenwert von rund 3,5 Billionen US-Dollar durch den Kursverfall an der NASDAQ verbrannt. Die Indizes von NASDAQ und Neuem Markt fielen in einem Jahr um 65% – 80%. Ob die vormals bejubelte US-Wirtschaft in eine Rezession driftet, scheint noch nicht sicher. Doch der Konjekturereinbruch ist zunächst deutlich wahrnehmbar.

Der japanischen Wirtschaft gelang es seit dem Platzen der Immobilienspekulationsblase von 1989/91 trotz gigantischer schuldenfinanzierter Konjunkturprogramme nicht wieder auf einen Expansionskurs zu kommen. Die öffentlichen Finanzen befinden sich am Rande des Kollaps, und trotz einer ein-

schneidenden Kapitalvernichtung im Banken- und Unternehmenssektor ist das Ende der notwendigen Wertberichtigungen noch nicht in Sicht.

Auch in einigen Schwellenländern ziehen wieder massive Konjunktur- und Zahlungsbilanzprobleme herauf: Argentinien, Brasilien, Türkei. Schon wird der Ruf nach neuen Stützungsaktionen von G7, IWF und Weltbank lauter. Und selbst in der Europäischen Union, die sich noch als „sicherer Hafen“ der Weltwirtschaft wähnt, werden die Wachstumsprognosen Zug um Zug nach unten korrigiert. Mit ihrer bisherigen Fixierung auf steigende Weltmarktexporte könnte die EU-Wirtschaft angesichts des ungemütlicher werdenden Umfelds selbst in Schwierigkeiten geraten.

### Konkurrierende Krisenanalysen: Regulationsschule vs. Brenner

Sind die neuen Probleme der Weltwirtschaft einfach nur vorübergehende Begleiterscheinungen des Übergangs zu einem neuen stabilen „Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes“, das Michel Aglietta heraufziehen sieht (Aglietta 2000)? Und wenn dem so wäre, kann dieses „neue Akkumulationsregime“ sozial eingeeht werden, so wie dies angeblich durch den „fordistischen Wohlfahrtsstaat“ in den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts gelang? Oder reihen sich die aktuellen Ereignisse ein in ein Szenario des „langen Abschwungs der weltweiten kapitalistischen Ökonomie“, wie der US-Historiker Robert Brenner meint? Und wenn dem so wäre, welche alternativen Perspektiven ergeben sich daraus?

Beide Autoren beleben die Debatte um kapitalistische Krisen mit unterschiedlichen Deutungsangeboten. Einerseits wird so an frühere Auseinandersetzungen angeknüpft, welche Konjunkturzyklen übergreifende Krisenphänomene thematisierten – von Marx über Keynes bis zu den „bürgerlichen“ Theoretikern „langer Wellen“ wie Kondratieff, Leontief oder Schumpeter. Andererseits ist die Diskussion stark segmentiert. Auf der einen Seite steht die Regulationsschule, die im wesentlichen unter sich oder mit verwandten Theorieansätzen wie der „Social Structure of Accumulation“-Schule oder der neogramscianischen „Internationalen Politischen Ökonomie“ diskutiert. Auf der anderen Seite stehen linke Intellektuelle aus der Tradition des *Neomarxismus* der 60er und 70er Jahre, die ebenfalls überwiegend eine Debatte im eigenen Kreis führen.

Mit dem unscharfen Begriff des Neomarxismus wurden im wesentlichen jene Theoretiker etikettiert, die in den Debatten der anti-stalinistischen Neuen Linken seit Ende der 60er Jahre einflussreich waren – z. B. *Paul A. Baran*, *Paul M. Sweezy*, *André Gorz*, *Nicos Poulantzas*, *Ernest Mandel*, *Maurice Dobb*, *Wolfgang Abendroth*, *Elmar Altvater*, *Lelio Basso*, *Ernst Bloch*, *Robert Havemann* und die Frankfurter Schule um *Adorno*, *Horkheimer*, *Habermas* und *Marcuse*. Auch der Historiker Robert Brenner kommt aus dieser

Tradition. Mit seiner Studie *The Economics of Global Turbulence* (Brenner 1998; vgl. auch Brenner 2000) hat er eine heftige Debatte in marxistisch orientierten Theoriekreisen ausgelöst.

Das neomarxistische Spektrum hat seit den 70er Jahren zunehmend das eigene Instrumentarium mit Ansätzen aus anderen Theorietraditionen (lange Wellen, Keynes, Sraffa, Kalecki etc.) kombiniert. Die Entwicklung der „Regulationsschule“ in den 70er Jahren kann man hingegen als Seitwärtsbewegung weg vom oft dogmatisiert und sektiererisch geführten Streit zwischen den marxistischen Theorieschulen über „Stadien des Kapitalismus“ interpretieren – angefangen von Hilferdings *Finanzkapital* über Lenins *Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, Baran's und Sweezy's *Monopolkapital*, dem „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ von Paul Boccara, Roger Garaudy oder Horst Heininger, dem „Spätkapitalismus“ in den Varianten der Frankfurter Schule oder von Ernest Mandel bis zur „Weltsystemtheorie“ von Immanuel Wallerstein und Terence K. Hopkins. Dem Regulationsansatz geht es dagegen um eine Theorie mittlerer Reichweite. Diese steht quer zu den damaligen Frontstellungen der linken Wirtschaftstheorie und ist für heterodoxe Ökonomen aus anderen Traditionen offen. Damit konnte sich die Regulationsschule in den 80er und 90er Jahren als eine weltweit profilierte Theorieströmung etablieren. Während die Regulationsschule in der theorieinteressierten deutschen Linken recht bekannt ist, wurden die Arbeiten von Robert Brenner hierzulande bisher aber kaum wahrgenommen.

## Die Wendungen der Regulationsschule

Die Regulationsschule verwendet die Konzepte *Akkumulationsregime*, *Regulationsweise* und *Entwicklungsweise*, um unterschiedliche Phasen der kapitalistischen Entwicklung zu analysieren. In seiner Analyse des US-Kapitalismus unterschied Aglietta zunächst drei Entwicklungsweisen:

Die *erste Phase von etwa 1848 bis 1910/14* kennzeichne eine Kombination aus wettbewerbsorientierter Regulationsweise und extensivem Akkumulationsregime ohne Massenkonsum. Das extensive Akkumulationsregime komme im wesentlichen in der Dominanz einer Steigerung des absoluten Mehrwerts durch lange Arbeitszeiten zum Ausdruck, während sich die Produktivität nur auf niedrigem Niveau entwickle. Die wettbewerbsorientierte Regulationsweise komme in unregulierten Arbeitsmärkten mit niedrigen Löhnen, einer Orientierung der Unternehmen auf kurzfristige Profite, einem von hohen Risiken und Instabilitäten geprägten Investitionsklima und daraus folgend einem eher langsamen Wachstum der Produktivkräfte zum Ausdruck. Der Massenkonsum könne sich vor allem wegen des hohen Gewichts nicht marktförmig organisierter ländlicher Subsistenz- und Eigenproduktion kaum entfalten. Die Entwicklungsweise sei insgesamt von hoher Instabilität geprägt.

Die zweite Phase von etwa 1914 bis zu Roosevelts *New Deal* in den dreißiger Jahren kombiniere ein intensives Akkumulationsregime ohne Massenkonsum und eine immer noch wettbewerbsorientierte Regulationsweise. Auch diese neue Entwicklungsweise bleibe instabil, weil die wettbewerbsorientierte Regulationsweise eine verlässliche Ausweitung des Massenkonsums nicht ermöglicht habe. Die Entwicklung zur „Großen Depression“ wird im wesentlichen als Unterkonsumptionskrise aufgefasst.

Die dritte Phase von den dreißiger bis Mitte der sechziger Jahre bringe endlich eine stabile „fordistische Entwicklungsweise“, die ein intensives Akkumulationsregime mit Massenkonsum mit einer monopolistischen Regulationsweise verbinde. Der Übergang zu stärker zentralisierten kollektiven Lohnverhandlungen, die Durchsetzung von höheren Löhnen und einer fordistischen Konsumnorm der Arbeiterhaushalte, tayloristisch-fordistische Arbeitsorganisation und ein eher gedämpfter oligopolistischer Wettbewerb garantierten gleichermaßen eine starke Produktivitätsentwicklung und stabile Absatzmärkte infolge einer gestärkten Massennachfrage. Der soziale Zusammenhalt wurde durch die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates gestärkt.

Obwohl dem Anspruch nach so ein recht „universelles“ Analyseinstrumentarium zur Untersuchung verschiedener Entwicklungsphasen des Kapitalismus an den Start gebracht wurde, beschäftigte sich die Regulationsschule nach dem Erscheinen von Agliettas Klassiker (1976/79) fast ausschließlich mit der „fordistischen Entwicklungsweise“: ihren unterschiedlichen nationalstaatlichen Ausprägungen, Produktivitätsproblemen, ökologischen Folgen, Konsummustern, Auswirkungen auf die Familienstrukturen etc. Der „historische Kapitalismus“ vor dem Zweiten Weltkrieg fand kaum mehr Interesse.

Für die Phase seit Mitte der 60er oder Anfang der 70er Jahre konstatiert die Regulationsschule eine „Erosion des fordistischen Modells“, deren Kern im Verfall des Produktivitätswachstums festzumachen sei. Die tayloristische Arbeitsgliederung habe einen Punkt erreicht, an dem die dequalifizierten und entfremdeten industriellen Massenarbeiter nicht mehr willens und in der Lage gewesen seien, ausreichend zu technologischen Innovationen und einem fortgesetzten Produktivitätswachstum beizutragen. Dies habe die Krise des Fordismus permanent gemacht und die Suche nach verschiedenen Wegen in eine „postfordistische“ Konstellation angetrieben.

Lipietz (1998: 121ff, 152f) sieht in der Einbettung neuer Produktionsmodelle in „verhandelte Strategien zur intensiven Mobilisierung der Humanressourcen“ das stärkere Modell des „Postfordismus“ der 90er Jahre. Er beschrieb einen Bogen, der vom „Neotaylorismus“ (USA, Großbritannien, teilweise Frankreich), dem „Toyotismus“ (Japan) bis zum schwedischen Modell der Gruppenarbeit und verhandelten Flexibilisierung („Kalmarismus“) reichte. Der nordeuropäisch-deutsche „Kalmarismus“ bilde das Zentrum des Postfordismus und könne die Produktivitätskrise des Fordismus überwinden. Dem-

gegenüber sehen Michel Aglietta und – mit Abstrichen – Robert Boyer seit 1998 im Shareholder-Kapitalismus („Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes“) den etablierten Nachfolger des Fordismus (Aglietta 2000, Boyer 2000).

## **Die Kritik von Brenner und Glick an der Regulationsschule**

Robert Brenner und Mark Glick beanstanden in ihrer Kritik der Regulationsschule nicht unmittelbar die Analysetrias Akkumulationsregime – Regulationsweise – Entwicklungsweise (Brenner/Glick 1991). Sie erkennen darin vielmehr gewisse Analogien zu den marxistischen Konzepten der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, der Produktivkräfte und der Produktionsweise und deren Beeinflussung durch soziale Kämpfe. Allerdings fahren sie schweres Geschütz auf, sofern es um die empirische und theoretische Haltbarkeit der Analyse des US-Kapitalismus und der Entwicklung des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Regulationsschule geht.

Die erste Phase der Entwicklung des US-Kapitalismus von 1848 bis 1914 interpretieren sie als normale kapitalistische Entwicklung mit einem „ziemlich spektakulären Abhängigkeitsgrad von einer Akkumulation, die auf Methoden der Steigerung relativen Mehrwerts und dem Wachstum des Massenkonsums beruht“ (ebd.: 75). Es handele sich folglich in dieser Periode um einen intensiven Akkumulationspfad mit wettbewerbsorientierter Regulation. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts habe ein durchgreifender Modernisierungsprozess der US-Landwirtschaft eingesetzt, insbesondere nach der Fertigstellung der transkontinentalen Eisenbahninfrastruktur. Die landwirtschaftliche Pro-Kopf-Produktion verdreifachte sich zwischen 1840 und 1911. 60% dieses Zuwachses gingen auf das Wachstum des Mechanisierungsgrads der Landwirtschaft zurück. Die US-Landwirtschaft sei von selbständigen kapitalistischen Farmern geprägt gewesen, die sowohl bezüglich ihrer Subsistenzmittel als auch bezüglich der beständigen Modernisierung ihres Maschinenparks weitgehend in den kapitalistischen Markt integriert waren.

Die besondere Struktur der US-Landwirtschaft habe in dieser Phase zwar verhindert, dass der Strom von Arbeitskräften in die Industrie schnell zunahm. Doch habe dies dazu geführt, dass der industrielle Sektor die höchsten Löhne der Welt zahlte und insbesondere die technologische Innovationskraft der verarbeitenden Industrie und des Maschinenbaus entschieden gestärkt wurde. Diese Konstellation erlaubte eine selbsttragende Entwicklung mit ständiger Ausweitung des Binnenmarkts. Wachsende Einkommen im landwirtschaftlichen Sektor beflügelten die Nachfrage nach industriell hergestellten Konsumgütern und schoben Wachstum und Transformation von Stahlindustrie und Maschinenbau an. Eine moderne Nahrungsverarbeitungsindustrie entstand, und auch andere Sektoren wie Chemie, Zementindustrie etc. entwickelten sich. Konsumgüter und Lebensmittel wurden immer billiger.

Die verarbeitende Industrie der USA holte in der Periode vom Bürgerkrieg bis zum Ersten Weltkrieg die Industrie der damaligen Hegemonialmacht Großbritannien nicht nur ein, sondern überflügelte sie. Auch die von Aglietta angeführten Daten zeigen, dass bereits in der Periode 1890 – 1899 die Arbeitsproduktivität in den USA diejenige Großbritanniens um das anderthalbfache und diejenige Deutschlands um das zweieinhalbfache übertraf (vgl. auch Davis, 1978). Die ausländischen Bruttoanlageinvestitionen im Verhältnis zum BIP schwankten in den USA im Zeitraum 1871 und 1914 zwischen 12% und 15%, während das jährliche Wachstum des ausländischen Anlagekapitalstocks in den USA in der gleichen Periode 4,1% betrug. In Großbritannien ergaben sich im gleichen Zeitraum nur Vergleichswerte von 6% und 1,4% (Maddison 1982: 40 u. 100). Maddison's Untersuchung zeigt auch, dass bei einem Vergleich wirtschaftlicher Fundamentaldaten die Unterschiede zwischen dem angeblich „extensiven Akkumulationsregime ohne Massenkonsum mit wettbewerbsorientierter Regulationsweise“ und dem fordistischen „intensiven Akkumulationsregime mit Massenkonsum und monopolistischer Regulationsweise“ nicht so gravierend sind.

Tabelle 1: Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten in den USA (in %)

	1870 – 1913	1950 – 1973
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	4,1	3,7
BIP pro Kopf	2,0	2,2
BIP/Arbeitsstunde	2,0	2,6
Ausl. Anlagekapitalstock in den USA	4,7	4,0
Ausl. Anlageinvestitionen in d. USA/BIP	14,5* (* = 1880 – 1910)	13,2

Quelle: Maddison 1982

Auf Basis dieses empirischen Materials vermögen Brenner und Glick nicht zu erkennen, dass es in Aglietta's erster Phase kaum entwickelten Massenkonsum, extensive Akkumulation und eine halb stagnierende Produktivitätsentwicklung gegeben haben soll.

Ein Kernproblem der kapitalistischen Entwicklung in der Zwischenkriegszeit sieht die Regulationsschule im Widerspruch zwischen intensiver Akkumulation mit entwickelter Massenproduktion und der fehlenden Etablierung einer fordistischen Konsumnorm der Arbeiterhaushalte. Die Waren aus der Massenproduktion fänden nicht ausreichenden Absatz. In den Worten Robert Boyers (Boyer 1988: 83):

„Wenn die Lohnbildung im wesentlichen wettbewerbsorientiert stattfindet, dann führt eine neue industrielle Revolution zu einer so hohen Profitrate, dass diese langfristig nicht aufrechterhalten werden kann, weil eine entsprechende Gesamtnachfrage fehlt.“

Brenner und Glick beharren darauf, dass das verfügbare empirische Material eine solche Behauptung nicht stützt. So seien die Löhne in der verarbeitenden

den Industrie der USA von 1914 bis 1924 um 33% gestiegen, gegenüber 1917 sogar um 44%. Bis Anfang der 30er Jahre hätten sie dann in etwa auf diesem Niveau stagniert. Der Anteil der Unternehmensgewinne am Volkseinkommen der USA schwankte in der Periode von 1900 bis 1919 zwischen 41% und 48%, hingegen in der Periode von 1922 bis 1929 lediglich zwischen 28% und 32%. Gestützt auf eine empirische Untersuchung von Gérard Duménil und Dominique Lévy zeigen sie, dass der Anteil des Privaten Verbrauchs am BIP der USA während des Booms nach dem Zweiten Weltkrieg um 20% geringer war als in der Zwischenkriegszeit. Insgesamt lag er auch niedriger als in den Jahren von 1890 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs. Die angeblich „massenkonsumarme“ Zwischenkriegsperiode war eigentlich jene mit dem höchsten Anteil des Verbrauchs am BIP in der ganzen US-Geschichte bis 1979.

Insofern sei die Argumentation „intensive Akkumulation – zu hoher Profitanteil der Unternehmen – zu niedriges Lohnwachstum – ausbleibende Nachfrage nach Gütern der Massenproduktion – Krise“ für die von der Regulationsschule behauptete zweite Phase der Entwicklung des US-Kapitalismus nicht haltbar. Eine eigene Darstellung der Ursachen der Entwicklung zur Großen Depression liefern Brenner und Glick nicht, sie merken nur an (ebd.: 86): „Der zentrale Fokus für eine Untersuchung der Ursachen der Großen Depression sollte sich auf die Problematik richten, was das Sinken der Profitabilität in der Periode nach dem ersten Weltkrieg verursachte.“

Auch bezüglich der dritten, „fordistischen“ Entwicklungsweise bleiben sie skeptisch. Angeblich sollte der Übergang zu einer monopolistischen Regulationsweise, keynesianischer Schuldenfinanzierung, zentralisierten Lohnverhandlungen und der Einführung einer fordistischen Konsumnorm der Arbeiterhaushalte mit Roosevelts New Deal neue Stabilität gebracht und die vormaligen Widersprüche zwischen Massenproduktion und wettbewerbsorientierter Regulationsweise aufgelöst haben. Der *New Deal* hatte in Brenners und Glicks Sicht allerdings nichts mit dem Ende der Depression zu tun. Denn weder die Politik der Roosevelt-Administration noch die gewerkschaftlichen Organisierungskampagnen der CIO konnten verhindern, dass die US-Wirtschaft 1937-38 erneut in eine Depression geriet und die Arbeitslosenrate auf 20% stieg. Dies begann sich erst kurz vor dem Kriegeintritt zu ändern.

Der große Nachfrageschub komme dann auch weniger von der Institutionalisierung einer „Arbeiterkonsumnorm“, sondern von den wachsenden Rüstungsausgaben. Bis 1960 machten diese noch rund 9% des BIP aus. In der gesamten Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg blieb die Entwicklung der Real-löhne hinter der Entwicklung der Arbeitsproduktivität zurück. Brenner gesteht zu, dass die jahresdurchschnittlichen Lohnsteigerungen in den USA von 3,6% zwischen 1950 und 1958 in der Tat einen Druck auf die Profite ausübten. Das US-Wachstum war in dieser Periode geringer als jenes in Deutsch-

land und Japan. Ende der 50er Jahre gab es zunehmend Klagen über eine Stagnation der US-Wirtschaft. Doch mit Beginn der 60er Jahre griff eine neue Offensive der Unternehmer gegen die Gewerkschaften. Die Kontrolle des Managements über den „shop floor“ wurde zurückgewonnen und die Arbeit intensiviert. Die Zahl der Anerkennungen von Gewerkschaften als Verhandlungspartner in den Betrieben ging zurück. Zwischen 1958 und 1965 sank das jährliche Wachstum der Reallöhne in der verarbeitenden Industrie um 40% auf nur noch 2,2%. Insbesondere zwischen 1958 und 1966 wuchs die Profitabilität im Unternehmenssektor um rund 33%. „Die Epoche der fordistischen kollektiven Lohnverhandlungen“, schließt Brenner (ebd.: 93), „währte einige Jahre in den 50er Jahren, sofern es sie überhaupt gab.“

Die Lohnstückkosten der verarbeitenden Industrie der USA sanken zwischen 1960 und 1965 um 5,2%, während sie im gleichen Zeitraum in Japan um 22,9% und in Deutschland um 24,7% stiegen (Brenner 1998: 58ff). Die wirtschaftliche Erholung der USA in den 60er Jahren sei ganz wesentlich durch einen Exportboom getragen worden. Brenner hat damit die Argumentation der Regulationsschule allerdings nicht vollständig entkräftet, sondern nur relativiert. Denn auch er bestreitet ja nicht, dass während der ganzen Periode bis 1965 die Reallöhne stiegen, wenngleich in den 60er Jahren deutlich langsamer. Welchen Beitrag der durch steigende Löhne bedingte Massenkonsum auf der einen Seite und Rüstungsausgaben und Export auf der anderen Seite zum „langen Aufschwung“ in den USA im proportionalen Verhältnis leisteten, darauf geht Brenner nicht genauer ein. Wenn Duménils und Lévis empirische Langfristedaten zum Anteil des Verbrauchs am BIP der USA stimmen, ist allerdings auch die besondere Betonung der Rolle des Massenkonsums für die Stabilisierung und Lebensfähigkeit des „Fordismus“ brüchig.

Für Japan und Deutschland, deren Wirtschaften im „langen Aufschwung“ stärker wuchsen als jene der USA, seien im wesentlichen die Angebotsbedingungen und das rasche Exportwachstum seit dem Beginn des Korea-Kriegs für die wirtschaftliche Dynamik verantwortlich gewesen. Das Beispiel Japans zeige, dass dort der großartige Nachfrageschub nicht so sehr von steigender Konsumnachfrage, sondern von der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern angetrieben wurde. In Japan stiegen die Ausrüstungsinvestitionen zwischen 1956 und 1973 im Jahresdurchschnitt um 22%, doppelt so stark wie das BIP-Wachstum. Das jährliche Wachstum der Arbeitsproduktivität war dort im Zeitraum von 1950 bis 1970 um 50% bis 100% höher als das Wachstum der Reallöhne. In Deutschland blieben die Netto-Reallöhne bis etwa 1956 unter dem niedrigen Niveau von 1938 zur Zeit des Nazi-Regimes (Wolf 1973: 129; Brenner 1998: 66ff). Das niedrige Reallohnniveau, zunehmend modernere Produktionsausrüstung und steigende Produktivität bildeten die Grundlage für die erfolgreiche Exportexpansion der Bundesrepublik. Insofern erscheint es mir naheliegender, den in unterschiedlichem Mass erfolgten Ausbau des



Sozial- und Wohlfahrtsstaates ab Ende der 50er Jahre und die Vollbeschäftigung in den 60er Jahren eher als *Folge* des „langen Aufschwungs“ zu interpretieren, und nicht als eine notwendige Ausgangsbedingung, damit er überhaupt stattfinden konnte.

Skeptisch bleiben die Autoren auch gegenüber der These, dass ein Niedergang des Produktivitätswachstums die Ursache für den Verfall der Profitabilität und die Abkühlung des Wachstums der US-Industrie ab dem Höhepunkt des Nachkriegsbooms 1966 sei. Daten des *Federal Reserve Board* zeigten, dass die Produktivität in der verarbeitenden Industrie der USA im Zeitraum von 1966 bis 1973 jahresdurchschnittlich noch um 4,24% gestiegen sei, gegenüber 2,65% in der Boomperiode von 1948 bis 1966. Brenner betrachtet in Ermangelung anderer Daten das Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität in der verarbeitenden Industrie als näherungsweise Indikator. Dies ergebe ein ähnliches Bild (ebd.: 105):

„Eine fehlende Korrelation in der Nachkriegsperiode zwischen der Profitabilität – die bis Mitte der 60er Jahre hoch war und danach abnahm – und der Gesamtfaktorproduktivität – die, wie hier gemessen, bis in die frühen sechziger niedrig und danach hoch war – wirft erhebliche Zweifel an der Idee auf, dass ein Verfall der Produktivität in der Periode unmittelbar nach 1966 für den Niedergang der Profitabilität verantwortlich war.“

Darüber hinaus sei der Blick der Regulationsschule auf die fordistische Produktionsorganisation als „Mechanisierung plus tayloristische Arbeitszergliederung plus Fließbandfertigung“ zu einseitig. Brenner und Glick bestreiten nicht, dass hinter diesem Prozess das Bestreben der Unternehmer nach einer möglichst hohen Kontrolle der betrieblichen Prozesse, und der Intensivierung der Arbeit steht. Die Fertigkeiten der Arbeitenden wurden dabei zunehmend entwertet. Doch damit stehe auch der Fordismus in der Kontinuität wachsender Arbeitsteilung, von Mechanisierung, Maschinensystem und Automation, die schon Karl Marx und Adam Smith als Merkmale kapitalistischer Entwicklung analysiert hatten. *Machinofacture* in der Analyse von Marx habe immer beinhaltet (ebd.: 99), „Kostensparnisse zu erzielen, indem man learning-by-doing leichter macht, Ausgaben zu senken, indem benötigte Fertigkeiten zergliedert werden, Maschinen einzuführen und damit in letzter Konsequenz eine Vereinfachung der Arbeitsaufgaben zu erreichen.“ Das kapitalistische Fabrikssystem habe schon immer eine Trennung von planender und ausführender Arbeit und eine zunehmende Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses beinhaltet. Insofern sei die fordistische Produktionsorganisation eher als eine Variation des allgemeinen technologischen Entwicklungsparadigmas kapitalistischer Ökonomien zu sehen. Es sei schwer zu erkennen, warum die Erschöpfung der fordistischen Produktionsorganisation unmittelbar in eine Systemkrise des Kapitalismus führen sollte.

Mit ihrer Fixierung auf das Leid der Massenarbeiter am Fließband und die Mechanisierung manueller Arbeit übersehe die Regulationsschule anderer-

seits, dass die fordistische Produktionsorganisation in hohem Masse von qualifizierter Arbeit (Ingenieure, Konstrukteure, Arbeitswissenschaftler, Facharbeit der Maschineneinrichter, Wartung etc.) abhängig war. Die Rolle der Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses werde unterschätzt (ebd.: 101f) – was erst recht für die moderne fordistische Fabrik mit CAD/CAM-Systemen, Industrierobotern etc. gelte. Die technologische Entwicklung und der Produktivitätsfortschritt würden sich sogar von der „Machinofacture“ im engeren Sinn (als Mechanisierung früherer Handarbeit) lösen: Computer, neue Werkstoffe, Gentechnik etc.

Brenner und Glick stellen somit das spezifische Interpretationsschema der Regulationsschule zu den „Entwicklungsweisen“ des US-Kapitalismus in Frage: dass die erste Phase (1848 – 1914) mit angeblich extensivem Akkumulationsregime eine zumindest teilweise Transformation ihrer wettbewerbsorientierten Regulationsweise benötigt habe, um einen Übergang zu einem intensiven Akkumulationsregime zu ermöglichen, dass der Widerspruch zwischen intensivem Akkumulationsregime und noch teilweise wettbewerbsorientierter Regulationsweise in der zweiten Phase (1918 bis zum New Deal) die Krise der Zwischenkriegszeit begründete, und dass der Wechsel zur monopolistischen Regulationsweise diese Widersprüche dann im Fordismus positiv aufgehoben habe, bis der aus der fordistischen Arbeitsorganisation entspringende Verfall der Produktivität dieses immanent stabile Modell zu untergraben begann. Sie bestreiten dabei nicht, dass institutionelle Arrangements bedeutsame Auswirkungen auf Wettbewerb, Wachstum, Produktivkraftentwicklung etc. auf lokaler, regionaler, nationaler oder der Ebene großräumlicher Wirtschaftsregionen haben. Aber ob „Entwicklungsweisen“ im Verständnis der Regulationsschule im wesentlichen durch sie bestimmt werden, erscheint ihnen fraglich (ebd.: 112):

„Trotz der großen Unterschiede zwischen historisch entstandenen Systemen von gesellschaftlichen Eigentumsverhältnissen, Regierungsformen, ökonomischer Institutionen und Niveaus der technologischen Entwicklung, nahm im Kern jeder Teil der kapitalistischen Welt, wenn auch nicht im gleichen Umfang, an der beispiellosen Wirtschaftsexpansion der Epoche vor dem Ersten Weltkrieg teil, wurde von der verheerenden Depression der Zwischenkriegszeit getroffen, hatte Teil am großen Boom nach dem Zweiten Weltkrieg, und wurde von der strukturellen Krise nach unten gezogen, die in den späten 60ern begann. Trotz der heterogenen Regulationsweisen ihrer konstituierenden Teile hat die Weltwirtschaft als Ganze eine gewisse Homogenität, wenn nicht Einheit, besessen, was die Folge unterschiedlicher Entwicklungsphasen angeht.“

Wer diese Entwicklungsphasen verstehen wolle, müsse die globale kapitalistische Ökonomie insgesamt in den Blick nehmen. Brenner und Glick verweisen ähnlich wie Peter Strutynski (1996) auf Kontinuitäten in der Entwicklung des „Weltkapitalismus“, die bei Vertretern der Regulationsschule wegen ihrer Fixierung auf nationalstaatliche „Modelle“ eher aus dem Blick gerieten. Diese Sichtweise erscheint mir insgesamt schlüssiger als das sehr schematische Korsett, das Aglietta der historischen Entwicklung des Kapitalismus überstülpt.

## Das „Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes“ – eine lebensfähige Alternative zum „Fordismus“?

Noch 1995 dominierte etwa bei Alain Lipietz der Blick auf die Überwindung der fordistischen Produktivitätskrise durch neue Produktionsmodelle und Veränderungen des Lohnverhältnisses. Damals beschrieb er die „Welt des Postfordismus“ so (Lipietz 1995/97: 1):

„Die Krise des dominanten Lohnverhältnisses der Nachkriegszeit – des Fordismus – hat vielfältige Verläufe in den entwickelten Staaten verursacht. Die einen haben die ‚Flexibilisierung‘, die anderen die ‚Mobilisierung der Humanressourcen‘ bevorzugt. Die ‚neu entwickelten Staaten‘ (NIC) akzentuierten ihre Wettbewerbsfähigkeit und differenzierten sich aus. Daraus resultiert ein umfassender Umbau der Hierarchie in der Weltökonomie. (...) Wir werden jedoch sehen, dass der amerikanische Block einen von den beiden anderen unterschiedlichen Weg gewählt hat. Das erklärt seinen relativen Niedergang, analog zum Niedergang Roms verglichen mit Konstantinopel.“

Ähnlich wie die Modernisierer in den Gewerkschaften setzte Lipietz seine Hoffnungen in die zweite Strategie einer „offensiven Anpassung“ durch die verhandelte Mobilisierung der Humanressourcen, also neue Produktionsmodelle mit Gruppenarbeit, flachen Hierarchien, „Humanisierung der Arbeit“, „Co-Management“ zwischen Arbeitnehmervertretungen und Unternehmensleitungen etc. (ebd.: 40): „Die offensive Strategie ist nicht nur für das Kapital lohnender, sondern auch für die Arbeit und möglicherweise für das globale Ökosystem.“ Dies sollte gleichzeitig die Produktivitätskrise des „Fordismus“ lösen helfen und durch größere Beteiligungsspielräume der Arbeitnehmer in der Arbeitsorganisation ökologische Innovationen fördern (ebd.: 39):

„Die Länder, deren Überlegenheit auf einer intensiven Nutzung der Humanressourcen basiert, haben die Mittel, ihren Energieverbrauch auf ein ‚ökologisch vertretbares‘ Niveau abzusenken. Jede neue Reglementierung kann von ihnen als Handikap ihrer Konkurrenten angesehen werden.“

Die Realität der neuen Arbeitsmodelle konnte die Versprechen der modischen Managementphilosophien allerdings kaum einlösen. Ihr gemeinsamer Nenner war auch in Kontinentaleuropa überwiegend ein *Management by Stress*. Zwar wurden einige Jobs durch die neuen Managementmethoden tatsächlich vielseitiger. Doch gingen die arbeitsanreichernden Annehmlichkeiten der Gruppenarbeit nach einer Übergangsphase häufig wieder verloren. Waren die produktivitäts- und qualitätssteigernden Potenziale der neuen Produktionskonzepte durch die Unternehmensleitungen vollständig ausgewertet, simplifizierte man die Aufgaben meist von neuem (vgl. Schumann 1997, Kurz 1999). Vorrangiges Ziel dabei war, alle spezialisierte Arbeit am Ende der Produktionskette (Qualitätskontrolle, Wartung, Reparatur etc.) in die Produktionsabläufe zu integrieren, die Materialversorgung an den Arbeitsstationen zu flexibilisieren und vor allem sicherzustellen, dass jede verfügbare Sekunde auch wirklich gearbeitet wurde. Die Dauer der tatsächlich geleisteten Arbeit wurde durch die Umstrukturierung erhöht – ebenso wie der Stress der Beschäftigten, die nun für jede Fehlentwicklung gerade stehen mussten. Der

„Schicksalspakt zur Mobilisierung der Humanressourcen“ mit Arbeit, Kapital und Ökologie als gleichberechtigten Gewinnern hat offenbar nicht so stattgefunden, wie Lipietz es erhoffte. Brenner und Glick (1991: 116ff) haben mit ihrer schon früh geäußerten Skepsis auch in diesem Punkt Recht behalten.

Unmittelbar im Anschluss an Lipietz' These von der angeblichen Überlegenheit nordeuropäischer Strategien der „verhandelten Mobilisierung der Humanressourcen“ gewann ab 1995 die US-Wirtschaft auf dem Pfad des „Shareholder-Kapitalismus“ tatsächlich an Fahrt. Sie wurde damit zum internationalen Referenzmodell für den dahinsiechenden japanischen „Toyotismus“ wie den nordeuropäischen „Kalmarismus“, um bei Lipietz Terminologie zu bleiben. Bezüglich seiner damaligen Analyse des „Postfordismus“ können wir rückblickend gleich mehrere Paradoxien ausmachen.

Nun erschien erstens das „US-Modell“ als der überlegenere Ausweg aus dem „langen Abschwung“ seit 1973. Zweitens wuchs zwar die Produktivität im produzierenden Gewerbe deutlich – zwischen 1993 und 1999 im Jahresdurchschnitt um 4,7% in den USA, um 5% in Deutschland bis 1998, 4,25% in Frankreich und 3,7% in Japan (Brenner 2000: 31). Die gesamtwirtschaftliche Faktorproduktivität wuchs hingegen relativ verhalten. Wir sind mit einem *Produktivitäts-Paradoxon* konfrontiert, wonach z. B. steigende Investitionen in IuK-Technologie durchaus mit einem in langfristiger Betrachtung degressiven Wachstum gesamtwirtschaftlicher Produktivität einhergehen können. Verschiedene Forscher schätzen den Beitrag der Computertechnologie zum Wachstum der Faktorproduktivität für die Periode 1995 – 1999 auf 0,2% bis 1,17% (vgl. Bourdin 2000). Das sind durchaus keine vernachlässigbaren Größenordnungen. Dennoch war das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Faktorproduktivität mit Computertechnologie (1995 – 1999 im Jahresdurchschnitt bei 1,8 %) geringer als z.B. 1950 – 1965 ohne Computertechnologie (2,7 %).

Drittens haben sich die Profitraten sowohl in den USA als auch in Europa seit 1982 langsam aber stetig wieder erholt. Doch das allein reichte nicht (Husson 1999: 97): „(...) der gegenwärtige Kapitalismus wird charakterisiert durch eine neue Konfiguration, die hohe Niveaus der Profitabilität mit einer mittelmäßigen Performance in den Bereichen Produktivität und Wachstum kombiniert.“ Trotz wiedergewonnener Profitabilität könne so keine neue Prosperitätskonstellation entstehen, die in einen neuen „langen Aufschwung“ wie im „Goldenen Zeitalter des Fordismus“ führe. Husson macht dafür eine strukturelle Anpassungslücke zwischen den Angebotssektoren mit bedeutendem technologischen Fortschritt und den sozialen Bedürfnissen verantwortlich (ebd.: 98):

„Kein technologisches Potenzial kann vollständig realisiert werden, wenn die sozialen Voraussetzungen seiner Realisierung nicht gegeben sind: die Existenz einer zahlungskräftigen Nachfrage, und ihre Übereinstimmung mit der Dynamik sozialer Bedürfnisse. Diese doppelte Bedingung

wird von der keynesianischen Erklärung der Stagnation übersehen; das Volumen der effektiven Nachfrage ist nicht ausreichend, vom Standpunkt der damit verbundenen Profitabilität ist es ebenfalls nötig, dass es auf die ‚richtigen‘ Industrien gelenkt wird. (...) Der technische Fortschritt ist in jenen Sektoren konzentriert, die vom Standpunkt der gesellschaftlichen Nachfrage keine Priorität haben.“

Hussons Optik folgend ließen sich die Schwierigkeiten beim Übergang zu einer neuen Prosperitätskonstellation etwa der „Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft“ unter anderem damit erklären, dass für genmanipulierte Lebensmittel, gentechnisch hergestellte Arzneien, auf Privatverbraucher zielenden E-Commerce, „intelligente Häuser“, noch mehr High-Tech-Autos etc. ein zu geringer sozialer Bedarf existiert. Die vorhandenen Bedürfnisse nach gemeinwohlorientierten Dienstleistungen seien für das Kapital hingegen nicht profitabel genug und werden deshalb nur auf niedrigem Niveau befriedigt. Einer solchen Interpretation steht etwa der Handy- und Internetboom der 90er Jahre zum Teil entgegen. Aber die Beobachtung ist durchaus interessant: einerseits eine tendenziell stagnierende Nachfrage bei hochtechnologisch aufgepeppten „fordistischen“ Massenkonsumgütern (Autos, Chemie, Elektro- und Elektronikgeräte etc.) – und andererseits geht gleichzeitig der Wandel sozialer Bedürfnisstrukturen zugunsten der als „Wachstumssektoren der Zukunft“ gehandelten Informations- und Kommunikationstechnologie, Life Sciences und Gentechnologie zu langsam vonstatten, um auf diesen Feldern eine stabile flächendeckende Ersatznachfrage zu schaffen.

Agliettas neuere These von der Durchsetzung eines „Akkumulationsregimes des Vermögensbesitzes“ stellt einen gewissen Perspektivenwechsel gegenüber den bisherigen Debatten der Regulationsschule dar. Der Schwerpunkt liegt nun nicht mehr auf der engeren Betrachtung von humanzentrierten nordeuropäischen Produktionsmodellen als erfolgreichem Übergang zum „Postfordismus“, sondern auf der Dominanz der Finanzmärkte und neuer institutioneller Arrangements zur Generierung eines stabilen neuen Wachstumspfads. In den Worten Robert Boyers:

„Viele Großfusionen, Kapitalmobilität zwischen Ländern, Druck auf die Unternehmenskontrolle (corporate governance), die Verbreitung von Aktienbesitz innerhalb eines breiteren Spektrums der Bevölkerung; alle diese Transformationen scheinen das Auftauchen eines vom Finanzsektor bestimmten Akkumulationsregimes anzukündigen. Dies würde zu einer völlig neuen Regulationsweise führen, die derzeit als ‚New Economy‘ bezeichnet wird: dieses Regime würde Arbeitsmarktflexibilität, Preisstabilität, die Entwicklung von High-Tech-Sektoren, boomende Börsen und Kredit zur Aufrechterhaltung eines rapiden Konsumwachstums sowie permanent optimistische Erwartungen bezüglich der Firmenergebnisse kombinieren. Die Fähigkeit eines jeden Landes, ein solches Modell einzuführen und umzusetzen wäre ein Schlüsselfaktor seiner makroökonomischen Performance und würde seinen Platz in einer hierarchischen Weltwirtschaft bestimmen, die von der Verbreitung eines von den Finanzmärkten bestimmten Wachstumsregimes beherrscht wird.“ (Boyer 2000: 116)

Michel Aglietta umreißt die Konturen des neuen Akkumulationsregimes folgendermaßen:

„Im Regime des Vermögensbesitzes dagegen ist das Wachstum abhängig von der Kapitalwirt-

schaft im Dienste der Maximierung des durch Aktien erzielten Profits. Die Investitionen in die Unternehmensorganisation senken Kosten und verringern die von der Produktion benötigten Lagerbestände. Die Produktinnovationen schaffen Profite, die es erlauben, Dividenden auszuschütten, und die den Anstieg der Börsenkurse ankurbeln. Die Entwicklung der Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmerschaft erhöht das Vermögen der Haushalte. Die Wirkungen des Vermögens und der Einkommen aus Vermögen verbinden sich mit der Preissenkung, um den Konsum anzuregen. Somit bildet sich der Profit, der die von den Aktionären beanspruchte Eigenkapitalrendite für gültig erklärt.“ (Aglietta 2000: 142)

Offenbar handelt es sich um ein Akkumulationsregime mit Massenkonsum, indem die Zusatzeinkommen aus Aktienbeteiligungen und Pensionsfonds eine ähnlich nachfragestabilisierende Rolle spielen sollen wie zuvor die Standardlöhne im fordistischen Modell. Die Wachstumsperformance des Shareholder-Kapitalismus hängt dann unter anderem von gesteigerter Kapitalproduktivität, beständigem Zufluss von Risikokapital, erfolgreichen kurzfristigen Produktwechseln, permanenter Innovation und einer klugen Zentralbankpolitik zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Eindämmung spekulativer Blasen an den Börsen ab.

Eine dazu passende Regulationsweise sei zwar stark abhängig von der Globalisierung, aber ansonsten noch kaum entwickelt. Sie müsse vor allem in Europa jedoch wieder den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft stärken. Die neue Regulationsweise wird insofern als politisches Kampfprojekt für die „europäische Linke“ definiert. Agliettas Stichworte lauten: eine neue Arbeitsverfassung, die zu einer rechtlichen Gleichstellung der vielfältig zersplitterten Beschäftigungsformen führt, die Verknüpfung von Flexibilität mit sozialer Sicherheit (Flexicurity), die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit (Investitionen in Humankapital, lebenslanges Lernen), die Nutzung der kapitalgedeckten Altersvorsorge und von Aktienbeteiligungen der Arbeitnehmer als Vehikel zur Sozialisierung und Demokratisierung der Unternehmenskontrolle und zur breiten Teilhabe der Arbeitenden am Produktivvermögen unter Führung der Gewerkschaften, der Ausbau der Frauenförderung und die Stärkung der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben, die Einführung eines „garantierten Grundeinkommens“, das mit einem Modell der negativen Einkommensteuer zu verbinden sei. Sein Arsenal zur Regulation des Akkumulationsregimes des Vermögensbesitzes folgt damit im wesentlichen der Strategie des „Dritten Wegs“, der Vision einer „Stakeholder Society“ und Vorstellungen zur „Modernisierung der Sozialsysteme“, die im Rahmen der Europäischen Kommission diskutiert und entwickelt wurden. Aglietta spricht dies auch offen aus:

„Es kommt somit der Linken zu, die Sozialdemokratie zu erneuern oder einen – wie man es nennen würde – sozialen Liberalismus zu begründen. Das heißt, eine Konzeption des sozialen Fortschritts zu erarbeiten, die mit dem Regime des Vermögensbesitzes zusammenpasst, vor allem aber mit der Globalisierung und der Ausrichtung des technischen Fortschritts auf die Dienstleistungen.“ (Aglietta 2000: 107)

Während Aglietta dieses Modell ausgehend von den USA für international

übertragbar und stabil hält, sieht Boyer es zunächst nur für den angelsächsischen Raum als lebensfähig an. Auch für die USA erwartet er langfristig Tendenzen zur Instabilität. Auf die aus seiner Sicht stärker lohnarbeitszentrierten Gesellschaften in Europa und Japan sei es nur um den Preis größerer sozialer Verwerfungen übertragbar, weshalb sich ein „hybrides“ Modell für diese Weltregionen empfehle (Boyer 2000: 143). Während Aglietta den „Shareholder-Kapitalismus“ sozialer regulieren will, möchte Boyer die Regulationsschule lediglich in die Lage versetzt sehen, mithin als erste die Krisentendenzen des „Akkumulationsregimes des Vermögensbesitzes“ aufzudecken und zu analysieren. Man wird halt bescheiden.

Der „Crash auf Raten“ seit Februar/März 2000 stützt zumindest die Argumente jener Skeptiker, die die von Aglietta behauptete generelle Stabilität des amerikanischen „Wall-Street-Modells“ bezweifeln. Das US-Wachstum während der Expansionsphase der 90er Jahre wurde allgemein überschätzt. Es erreichte auch während der stärksten letzten 4 Jahre (1996 – 2000) lediglich den Durchschnitt der 80er Jahre und blieb deutlich unter den Wachstumsraten der 60er (BIZ 2000: 15). Der gesamte US-Konjunkturzyklus der 90er Jahre sieht nur deshalb etwas günstiger aus als seine Vorläufer in den 70ern und 80ern, weil die Rezession von 1990/91 milder ausfiel als die Rezessionen von 1974/75 und 1979/82. Die Wachstumsperformance von Agliettas „neuem Akkumulationsregime“ war somit eher mittelpfächtig.

Die Erholung der Profitabilität des im internationalen Wettbewerb stehenden produzierenden Gewerbes bildete die Grundlage des langen Aufschwungs der US-Wirtschaft in den 90er Jahren. Sie schrumpfte allerdings wieder ab 1998 unter dem Einfluss eines steigenden Dollarkurses und dem Aufbau von Überkapazitäten in vielen Ländern und Branchen (Computerchips, Stahl, Autos, Textilien, Chemie). Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich warnte (BIZ 1999) davor, dass ohne eine Kürzung dieser Überkapazitäten die Kapitalrenditen dauerhaft enttäuschend ausfallen werden, mit potenziell abschwächenden und langfristigen Auswirkungen auf das Vertrauen und die Investitionsausgaben. Robert Brenner resümiert:

„Um einen Abschwung auf internationaler Ebene zu verhindern, hat die *Fed* (US-Zentralbank, K. D.) in der Tat ersatzweise eine neue Form der Nachfragestimulierung gefunden – erhöhte private Verschuldung, sowohl der Unternehmen wie der Privatverbraucher – statt der alten keynesianischen Form, die auf öffentlichen Defiziten beruhte.“ (Brenner 2000: 22)

Während das Exportwachstum in den USA erlahmte, zog die Binnenkonjunktur an, getrieben von einer explosionsartigen Verschuldung der Privathaushalte und Unternehmen, die auf weiter steigende Kurse an der Wall Street setzten. Die Spekulationsblase nährte so die Fortsetzung des Wirtschaftsaufschwungs über die globale Finanzmarktkrise 1997/98 hinweg.

Aglietta betrachtet „die finanzielle Instabilität“ als Achillesferse des Akkumulationsregimes des Vermögensbesitzes (Aglietta 2000: 96). Doch waren es

nicht Signale aus der Realwirtschaft – die sich seit den ersten Monaten des Jahres 2000 vor dem Hintergrund des von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich beschriebenen Szenarios verstärkenden Gewinnwarnungen von Unternehmen sowohl aus der „Old“ wie der „New Economy“ – die zum schubweisen Absturz der Börsenkurse führten und die Instabilität des „Wall Street-Modells“ offenbarten? Und sind nicht längst strukturelle Faktoren der Instabilität dieses Modells erkennbar (vgl. Candeias 2000, Bischoff 2001, Scherrer 2001, Sablowski 2001, Evans 2001), die Agliettas und Boyers These von seiner Lebensfähigkeit und seine mögliche internationale Verallgemeinerbarkeit stark in Zweifel ziehen? Auch Brenner benennt einige davon:

„In der ersten Jahreshälfte 2000 erreichten die vom Rest der Welt gehaltenen Bruttovermögenswerte in den USA 6,7 Billionen Dollar oder 67% des BIP der USA, verglichen mit nur 3,4 Billionen \$ oder 46% des BIP im Jahr 1995. 3,49 Billionen Dollar davon bestanden aus in Privatbesitz befindlichen US Schatzanweisungen, Anleihen privater Unternehmen und Aktien, verglichen mit einem Bestand von 1,2 Billionen Dollar an Direktinvestitionen. Die Abhängigkeit des amerikanischen Wohlstands und der Aussichten für einen globalen Aufschwung von bisher beispellosten ausländischen Käufen US-amerikanischer Vermögenswerte ist groß. Dies gilt allerdings auch für die Verletzlichkeit des US-Booms gegenüber einem Vertrauensverlust der Anleger aus Übersee.“ (Brenner 2000: 29)

Hinzu kommen das auf weitere Rekordhöhen wachsende Leistungsbilanzdefizit und eine negative Sparrate der Privathaushalte. Und weiter (ebd.: 42f):

„Durch eine hoch bewertete Währung daran gehindert, auf einen exportorientierten Wachstumspfad zurückzukehren, wäre das produzierende Gewerbe nicht in der Lage, der Wirtschaft neuen Schwung zu geben. Mit in den Keller fallenden Aktienpreisen, die damit auch die Verschuldung und die Konsumnachfrage runterziehen, würde der Dienstleistungssektor und der Sektor für nicht-handelbare Güter sich in einer Situation befinden, in der es keinen schnell expandierenden Binnenmarkt mehr gibt, der seinen großen Ausbau von Anlagen und Einrichtungen verwertbar macht. Mit in Dollar denominierten Kosten, die zu hoch sind, um das Wachstum der internationalen Nachfrage ausschöpfen zu können, und mit einem Abflachen der Binnennachfrage, wäre eine Rückkehr zur Stagnation auf der Tagesordnung. Unternehmen (...) würden es wegen der gesunkenen Preise ihrer Aktien viel schwerer haben, weitere Kredite aufzunehmen und wären mit einem Anstieg der Zinsen für ihre bisherigen Schulden konfrontiert. (...) Wenn das Wachstum in den USA sich genügend abkühlte, um das Importwachstum zu bremsen, ist es schwer nachzuvollziehen, warum der Rest der Weltwirtschaft sich nicht auch verlangsamen sollte – mit unvorhersehbaren Konsequenzen insbesondere für Ostasien, das überwiegend von einem schnell expandierenden US-Markt abhängt. Dies würde wiederum die Ausweitung des US-Exports untergraben.“

Man muss nicht Brenners Idee eines Katastrophenszenarios á la Japan 1989/91 folgen, um die Schwierigkeiten für die US- wie für die Weltwirtschaft nach dem „Crash auf Raten“ zu erkennen. Möglicherweise hat der große Steuermann Alan Greenspan ja auch diesmal einen überraschenden Ausweg parat. Die aggressiven Zinssenkungsschritte der US-Zentralbank seit März 2000 sollen durch „billiges Geld“ verhindern, dass die Kreditketten reißen. Der private Konsum und die Aktienkurse an der Wall Street sollen so gestützt werden, dass eine „sanfte Landung“ möglich wird. Doch was geschieht, wenn die Börse sich wieder überhitzt, die Exportindustrie der USA nicht wieder auf die Füße kommt, Bushs Steuersenkungsprogramm für die Reichen



die Konjunktur nicht ausreichend aus der Talsohle zieht? Agliettas These von der dauerhaften Lebensfähigkeit und Stabilität des Shareholder-Value-Regimes kann selbst für die USA in Zweifel gezogen werden.

### Sozialisierung des Shareholder-Kapitalismus?

Agliettas Vorschläge zur sozialen Einbindung des „Akkumulationsregimes des Vermögensbesitzes“ stimmen ebenfalls skeptisch. Ein neues Arbeitsrecht, Flexicurity und die Einführung einer negativen Einkommensteuer mögen zwar die Zumutungen hochflexibilisierter Arbeitsmärkte abmildern. Sie verändern jedoch weder die duale Struktur der Wirtschaft noch die wachsende Ungleichheit in der Einkommensverteilung gravierend. Ganz in der Logik des „Dritten Weges“ werden sie bestenfalls dem unteren Drittel der Modernisierungsverlierer zu etwas mehr Stabilität und zu Einkommen etwas oberhalb des soziokulturellen Existenzminimums verhelfen. Der flächendeckende Übergang zu Aktienoptionsmodellen als Lohnbestandteile auch für die unteren Lohnarbeitseinkommen würde gerade unter Agliettas optimistischem Szenario permanent steigender Börsenkurse nicht verhindern, dass die ungleiche Einkommensverteilung weiter zunimmt. Denn 12% von 150 Euro sind nun mal weniger als 12% von 500 Euro – das Vermögen aus *Stock Options* wächst für die Bezieher höherer Einkommen deutlich schneller. Tritt das optimistische Szenario aber nicht ein und fallen oder stagnieren die Börsenkurse, dann erleiden jene, die während einer Börsenbaisse gerade vor der Auszahlung ihrer Fondsanlagen stehen, empfindliche Einkommensverluste.

Dass das Wachstum des Aktien- und Vermögensbesitzes die Massennachfrage stützt, ist ebenfalls fraglich. Nur 10% der US-Haushalte halten 86,8% des gesamten Aktienbesitzes in den USA. Ähnlich sieht es dort bei den in Pensionsfonds angelegten Vermögen aus: auf die 10% der reichsten Haushalte entfielen rund 60% der Fondsvermögen. Diese ungleiche Vermögensverteilung schlug auch auf die Einkommen durch (Huffschmid 2001): „Der Anteil der oberen 5% stieg von 16,4% in 1983 um rund ein Drittel auf 21,7% in 1998, während der Anteil der unteren 40% in der gleichen Zeit von 14,1% auf 12,5% sank.“ Huffschmid folgert, dass in den USA von einer Kompensation niedriger Lohn Einkommen durch Vermögenseinkommen nicht die Rede sein kann. Die bisherigen Erfahrungen mit Aktienoptionen als Lohnbestandteil sprechen weder aus theoretischer noch aus empirischer Sicht (vgl. Husson 2000, Priewe/Havighorst 1999, Priewe 2001) dafür, dass diese Modelle zu einer breiteren Streuung des Produktivvermögens oder gar einer Demokratisierung der Unternehmenskontrolle führen.

Dass gewerkschaftlich organisierte Pensions- und Investmentfonds auf breiter Front einen Einfluss auf die Unternehmenskontrolle zugunsten von „ethischem“, ökologischem und sozialem langfristigem Investment ausüben wer-

den, kann ebenfalls bezweifelt werden. Zunächst repräsentieren sie nur einen Teil der institutionellen Investoren auf dem Feld der Pensions- und Investitionsfonds – die kommerziellen Akteure geben die Richtung bei den Renditeerwartungen vor. Die Bedingungen, unter denen es zu einer Rentenreform mit Teilprivatisierung der Alterssicherung kommt, können auch nicht ignoriert werden: das erwartbare Alterseinkommen aus umlagefinanzierten Rentensystemen tendiert zum Niveau der Sozialhilfe. Vor diesem Hintergrund werden große Teile der Belegschaften auf möglichst ertragreiche Anlagen drängen, um im Alter ein halbwegs auskömmliches Einkommen zu haben. Es ist insofern kein Zufall, dass etwa der Pensionsfonds der kalifornischen Lehrer als einer der aggressivsten, auf maximalen Aktienertrag drängenden globalen „institutionellen Investoren“ agiert. Die Arbeitnehmer stehen ständig vor einer perversen Wahl. Entweder sie entscheiden sich als Fondsanteilsseigner für gesellschaftlich wünschenswertere Anlageformen mit geringerer Rendite – dann sind auch die Alterseinkommen niedriger. Oder sie folgen einer Shareholder-Value-Orientierung mit kurzfristigeren Engagements, höheren Renditen, aber auch Arbeitsplatzvernichtung bei den ins Visier genommenen Unternehmen – dann sind höhere Alterseinkommen zu erwarten. Diese Entscheidungssituation treibt beständig einen Keil in die Belegschaften. Beschäftigtengruppen mit unterschiedlichen Interessen und Wertvorstellungen können leicht gegeneinander ausgespielt werden. All dies erschwert, dass Gewerkschaften für eine sozial-ökologische Anlagestrategie bei den von ihnen kontrollierten Fonds stabile Mehrheiten unter ihren Mitgliedern gewinnen können. Boris Frankel beschreibt die Erfahrungen mit der Einführung eines Drei-Säulen-Modells der Altersvorsorge nach dem Konzept der Weltbank in Australien so:

„Der ACTU (australischer Gewerkschaftsdachverband, K.D.) war teilweise inspiriert vom (schwedischen, K. D.) Rehn-Meidner-Modell der Investitionsfonds, welche von den Arbeitern gegen das Kapital genutzt werden könnten, indem die Gewerkschaften in produktive Tätigkeiten investieren usw. Die ALP-Regierung und die Unternehmen fürchteten sich entweder vor diesem Modell oder sahen die *Superannuation* (gesetzlich vorgeschriebene Säule privater Altersvorsorge, K. D.) als einen Ersatz für gesetzliche Renten nach dem Motto ‚der Nutzer zahlt‘. Hunderte Milliarden Dollar wurden in diesen Fonds gesammelt, aber nur wenige werden von den Gewerkschaften für produktive industrielle Entwicklung genutzt. Stattdessen werden einige zehn Milliarden – etwa 15% – im Ausland investiert und verursachen damit weitere Handelsbilanzprobleme, während der Rest im wesentlichen vom Finanzkapital kontrolliert und in Aktien, Anleihen und Immobilien angelegt wird.“ (Frankel 1997: 23)

Insgesamt ist nicht erkennbar, wie Agliettas Vorschläge zur sozialen Regulierung des Shareholder-Kapitalismus in der realen Welt zu einem stärkeren sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, der Sozialisierung der Unternehmenskontrolle oder einem spürbaren Abbau der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung beitragen können.

## Brenners Studie zur *Ökonomie der globalen Turbulenz*

Robert Brenner hat in einer Sondernummer von *New Left Review* eine Interpretation der Entwicklung des Nachkriegskapitalismus anhand der Beispiele USA, Japan und Deutschland vorgelegt (Brenner 1998), die eine heftige, interdisziplinäre Debatte in verschiedenen linken Theoriezeitschriften des angelsächsischen Sprachraums ausgelöst hat – unter anderem in *Monthly Review*, *Review of Radical Political Economics*, *South Asia Bulletin*, *Capital & Class*, *Arena* (Australien) und *Historical Materialism*, aber auch in Tageszeitungen wie dem *Wall Street Journal* und dem britischen *Guardian*.

Die meisten Kommentare aus der linken Wirtschaftswissenschaft werfen Brenner vor, dass er die Marxschen Wertkategorien zurückweist. Die klassische Debatte unter marxistischen Ökonomen (es sind fast ausschließlich Männer) um Werttheorie, Transformationsproblem, Krisentheorie, das angebliche „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“, die Bestimmung von Profitrate und Produktivität, das „Kapital im allgemeinen“ etc. (vgl. u.a. Bischoff 1993, Heinrich 1999, Rojas 1989) vermischt sich mit Debatten über die Rolle des sektoralen und globalen Wettbewerbs, der Finanzmärkte und der Währungspolitik sowie der „horizontalen und vertikalen“ Beziehungen zwischen den Kapitalien. Insofern existiert mittlerweile eine zweite „Brenner-Debatte“ – nach der ersten zum „Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus“ 1985 – die hierzulande bislang kaum aufgegriffen wurde.

Brenners Analyse des langen Abschwungs der Weltwirtschaft kann ich in diesem Rahmen nur sehr verkürzt und damit vielleicht etwas verzerrt wiedergeben. Die These von einer anhaltenden „Profitklemme“ wegen zu hoher Löhne als Ursache des langen Abschwungs seit 1973 weist Brenner mit einem Verweis auf das niedrige Reallohnwachstum in den folgenden 25 Jahren zurück. Die meisten Kommentare stimmen ihm darin zu. Die These einer vom Lohndruck der Gewerkschaften in den frühen 70er Jahren herbeigeführten Profitklemme spielte in unterschiedlicher Form sowohl in der Krisenanalyse der neoliberalen Wirtschaftswissenschaft, der Regulationsschule, des „SocialStructure of Accumulation“-Ansatzes oder in Theoriekreisen des autonomen Spektrums eine prominente Rolle. Brenner zufolge können höhere Löhne jedoch höchstens kurzfristig Auswirkungen gehabt haben. In den USA lag das Reallohnwachstum in der Periode von 1973 bis 1998 niedriger als je zuvor in der US-Geschichte seit dem Bürgerkrieg 1861-65, die Große Depression der 30er Jahre eingeschlossen. 1997 lag der reale Stundenlohn für Produktionsarbeiter (ohne Gewinnbeteiligung) genauso hoch wie 1965. Während das jährliche Wachstum der realen Stundenlöhne in der verarbeitenden Industrie in allen Staaten der sieben reichsten Industrieländer (G7) in den Jahren 1968-73 im Durchschnitt 4,4% betrug, fiel es auf 1,4% in der Periode 1973-79 und auf 0,5% in den Jahren 1979-89. Der lange Abschwung insgesamt kann daher

nicht mit zu hohen Löhnen und starken Gewerkschaften zusammenhängen. Brenner kombiniert ein Analyseraster aus klassisch marxistischen Elementen (Überproduktionskrisen, Entwicklung der Profitrate und der Produktivität), mit einem Paradigma der „ungleichen und kombinierten Entwicklung“ (Frühentwickler/Späentwickler-Ökonomien) sowie der Betrachtung *vertikaler* (industrielle Beziehungen, Steuerpolitik, Lohnentwicklung, Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital etc.) und *horizontaler* (internationaler Wettbewerb zwischen den Kapitalien, Währungsregimes, Regulierung der Finanzmärkte, Zentralbankpolitiken etc.) Bedingungen der Kapitalakkumulation und dem Einfluss der Wirtschaftspolitik (keynesianisch vs. monetaristisch).

Ausgangspunkt der langen Krise waren für ihn *Überproduktion* und *Überkapazitäten* in der verarbeitenden Industrie der fortgeschrittenen kapitalistischen Industrieländer seit Ende der 60er Jahre. Die Unternehmen versuchten, die geschwächte Inlandsdynamik durch nochmals steigende Exporte zu kompensieren. Dies führte jedoch zunächst zu einem verschärften internationalen Wettbewerb zwischen den drei Wirtschaftsregionen USA, Westeuropa und Japan. Seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre konnten Deutschland und Japan als *Späentwickler* ihren Absatz auf den Weltmärkten deutlich steigern. Sie zwangen ihren kostenintensiveren Konkurrenten niedrigere Preise auf. Dadurch konnten sie zunächst ihre Profitraten halten und die Marktanteile ihrer US-Rivalen bis in die 80er Jahre hinein herunterdrücken.

Die Exportstärke Deutschlands und Japans führte jedoch zu einer allmählichen Aufwertung ihrer Währungen, einem erneuten Anstieg ihrer Kosten, einem Rückgang der Rentabilität und zu neuen Überkapazitäten. Die weltweiten Überkapazitäten wurden durch den aggressiven Markteintritt der Schwellenländer Südasiens noch einmal verschärft. Ergebnis waren niedrige Raten der Kapitalakkumulation, niedrige Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts, schwaches gesamtwirtschaftliches Wachstum von Produktivität und Investitionen und daraus resultierend niedrige Lohnzuwächse und steigende Arbeitslosigkeit. Ein allgemeines Muster setzte sich durch: verlangsamtes Wachstum in der Frühentwickler-Ökonomie der USA, zunächst stärkeres Wachstum in den Späentwickler-Ökonomien von Deutschland und Japan, anschließend starkes Wachstum in den asiatischen Schwellenländern (und mit einigem Abstand in Lateinamerika und Osteuropa), bis schließlich in den 90er Jahren die USA nach einem harten Prozess der Lohnsenkung und des *Downsizing* und *Re-Engineering* ihrer industriellen Basis ihren Weltmarktkonkurrenten wieder Kontra geben konnten.

Die Orientierung auf gesteigerte globale Wettbewerbsfähigkeit in den exportrelevanten Sektoren der Wirtschaft – bei sich stets von neuem einstellenden Überkapazitäten – ging einher mit einer *Expansion und Deregulierung der Finanzmärkte*. Dies schuf neue Renditechancen für ertragssuchendes Geldkapital, das in der Realwirtschaft keine attraktiven Anlagefelder fand. Vor allem

die global operierenden Unternehmen brauchten in diesem Wettbewerbsregime niedrige Preis- und Lohnsteigerungen – was zum zentralen Thema der neoliberalen Revolution wurde. So konnten sie vermeiden, ihre Erträge aus Finanzgeschäften durch Inflation zu gefährden und ihre Kosten für Kredite zur Finanzierung spekulativer Anlagen niedrig halten. Die Verbesserung der Unternehmensrenditen wurde durch eine direkte *Umverteilungspolitik* von unten nach oben und eine nachhaltige Schwächung der Gewerkschaften angegangen. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen hat sich dadurch in fast allen Industriestaaten drastisch polarisiert.

*Keynesianische* und *monetaristische* Politik haben das Problem von Überproduktion und Überkapazitäten gleichermaßen nicht lösen können, sondern von unterschiedlichen Ausgangspunkten weiter verschärft. Die keynesianische Politik der *Globalsteuerung* (Subventionieren der Nachfrage, Deficit Spending) schwächte zwar die Folgen von Rezessionen ab. Sie war insofern für die ArbeitnehmerInnen vorteilhafter als die monetaristische Politik. Sie verlangsamte aber auch den Druck auf unprofitable Unternehmen, aus ihrer derzeitigen Produktlinie auszusteigen und verlängerte damit das Problem der Überkapazität. Brenner erweitert hier den krisentheoretischen Ansatz von Marx, der das fixe Kapital als „versunkene Kosten“ betrachtet. Die Produktion wird laut Marx deshalb auch dann fortgeführt, wenn der Durchschnittsprofit nicht mehr erreicht werden kann. Die Probleme von Überproduktion und Überkapazitäten verlängern sich. Laut Brenner hat die keynesianische Politik mit der Verbilligung des Kredits diese allgemeine Tendenz nochmals verstärkt.

Entgegen landläufigen Vorstellungen wurde eine „keynesianische Schuldenpolitik“ noch bis Ende der 80er Jahre von Ronald Reagan und US-Notenbankchef Paul Volcker, einem der Väter der monetaristischen Wende, praktiziert. Im Unterschied zu den 70er Jahren wurden die öffentlichen Defizite nicht mehr zur Finanzierung wohlfahrtsstaatlicher Investitionen sondern fast ausschließlich für Rüstungsprogramme eingesetzt. Reagans Rekorddefizit half der Weltwirtschaft in den 80er Jahren über die Runden, weil die USA so als Lokomotive der Weltkonjunktur fungieren konnten. Reagan und später Bush kombinierten diesen Militärkeynesianismus mit einer monetaristischen Geldpolitik (starker Dollar, hohe Zinssätze).

Der forcierte Schuldenabbau unter Clinton schnürte im Gegenzug die Nachfrage zunächst ab und forcierte so den Exodus unterdurchschnittlich profitabler Unternehmen aus ihren angestammten Produktlinien. Auf der anderen Seite erschwerte dies zunächst den Eintritt in neue Produktlinien – das gesamtwirtschaftliche Wachstum und die Investitionsentwicklung blieben bis 1995/96 relativ moderat. Clinton kombinierte somit eine eher „monetaristische“ Fiskalpolitik mit einer „keynesianischen“ Geldpolitik. Später kam in Gestalt des „Wall-Street-Modells“ eine neue Form der Verschuldungspolitik

als Nachfragestimulans hinzu – diesmal der Privatunternehmen und Privathaushalte. Die schiere Größe des US-Binnenmarkts, die expansive Geldpolitik der US-Zentralbank und ein schwächerer Dollarkurs erleichterten es, dass der Aufschwung in den USA allmählich an Fahrt gewann, während Japan weiter stagnierte und Europas Wirtschaft sich unter den Konvergenzprogrammen für die Währungsunion kaum erholte. Erst in der Periode ab 1996 hatte sich die Profitrate im produzierenden Gewerbe der USA wieder auf das Niveau der frühen 70er Jahre eingependelt. Das US-Wachstum zog stärker an und verhalf auch der Europäischen Union zeitverzögert zu einem kurzen Exportboom. Eine Überwindung des langen Abschwungs der Weltwirtschaft schien in Sichtweite.

Spätestens seit 1999 zeigte sich allerdings, dass Japan, die EU und die USA trotz des Booms in den USA nicht gemeinsam expandieren konnten. Der G7-Gipfel im April 2001 hat offenbart, dass die politische Führungen von EU, USA und Japan an diesem Umstand nichts ändern wollen. Insbesondere die EU ist nicht bereit, nach der Abschwächung der US-Konjunktur die Rolle einer Konjunkturlokomotive der Weltwirtschaft zu übernehmen. Die Europäische Zentralbank weigert sich beharrlich, die Zinsen in Euroland zu senken. Die Regierungschefs der EU stützen sie in dieser Haltung. Insofern gibt es selbst im Falle einer geglückten „sanften Landung“ der US-Ökonomie wenig Anzeichen dafür, dass alle drei Pole der Wirtschaftstriade EU-USA-Japan gemeinsam in einen neuen „langen Aufschwung“ hineinwachsen.

Die Entwicklung hin zu einer Abschwächung des langen „Clinton-Booms“ hat Brenner in einem kürzeren Beitrag für *New Left Review* Ende 2000 analysiert. Darauf bin ich im Abschnitt über Agliettas These vom Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes bereits eingegangen. Interessant scheint mir, dass Makoto Itoh eine Verlaufsstudie über die Nachkriegsentwicklung in Japan vorgelegt hat (Itoh 2000), die in vielen Punkten zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommt wie Brenners Analyse – obwohl Itoh im Gegensatz zu Brenner eher mit einem regulationstheoretischen Ansatz arbeitet.

Die LeserInnen der PROKLA können sich bald ein eigenes Bild von der Debatte machen, wenn Brenners im Licht der internationalen Diskussion überarbeitete Studie demnächst im Londoner Verso-Verlag als Buch erscheint. Der Hamburger VSA-Verlag ist bemüht, eine deutsche Übersetzung herauszubringen. Wie immer man Brenners Interpretation der langfristigen Tendenzen der Nachkriegsentwicklung im einzelnen beurteilen mag – er bietet ein methodisch offeneres, alternatives Deutungsangebot im Vergleich zu dem eher starren und empirisch fragwürdigen Interpretationsschema der Regulationsschule. Brenners Studie behauptet nicht den Umschlag von einer fest umrissenen „Entwicklungsweise“ des Kapitalismus zu einer ebensolchen anderen, sondern arbeitet zugleich Kontinuitäten und Wandel heraus. Viele Elemente aus Brenners Analyse konnte man sicher auch schon in anderen Zusammen-

hängen nachlesen, allerdings nicht in dieser Form einer zusammenhängenden, auf einander bezogenen Präsentation. Die marxistische krisentheoretische Debatte ist dadurch jedenfalls wieder belebt worden.

Brenners Analyse der Entwicklung von der Mitte der 70er bis Mitte der 90er Jahre betont sehr stark, welche Rolle der internationale Wettbewerb für die Schwierigkeiten der US-Wirtschaft gespielt habe. Das erscheint mir etwas überzogen zu sein. Im Vergleich zu den europäischen Nationalstaaten haben die USA eine deutlich geringere Außenwirtschaftsabhängigkeit und einen riesigen Binnenmarkt. Insofern könnten die Probleme der US-Binnenökonomie in dieser Periode eine stärkere Rolle gespielt haben als jene der Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten verarbeitenden Industrie (vgl. Krugman 1996). Weiterhin erscheint es mir zweifelhaft, den Vergleich der Wirtschaftsentwicklung in der Triade im wesentlichen auf Deutschland als Stellvertreter für Europa zu beziehen. Die Rolle des Europäischen Währungssystems nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Regimes, die Bedeutung des EG-Binnenmarktsprojekts sowohl für die Exportstruktur Deutschlands wie auch für die wirtschaftliche Dynamik in Europa insgesamt und das Projekt der Wirtschafts- und Währungsunion werden von Brenner so behandelt, als hätten sie kaum ernstzunehmende Konsequenzen für die von ihm ansonsten sehr betonten „horizontalen Beziehungen zwischen den Kapitalien“ gehabt.

Die ökologische Krise, die sowohl vom „langen Aufschwung“ wie vom „langen Abschwung“ des Nachkriegskapitalismus verstärkt wurde, wird von Brenner nur am Rande gestreift und nicht als integraler Bestandteil einer zeitgenössischen Kapitalismusanalyse begriffen – ebensowenig wie die feministische Dimension. Die ökologische Frage wird besonders virulent, wenn man die „New Economy“ nicht nur als Branchenproblematik der Internetökonomie oder wie Boyer als die bisherige Makroökonomie sprengende Regulationsweise begreift. Es gilt auch, die in Schumpeterianischer Diktion vorgetragenen Szenarien einer künftigen neuen „langen Welle“ des Kapitalismus zu untersuchen, die vom Zusammenwachsen der Informations- und Kommunikationstechnologie, der Gentechnik, der Nanotechnologie und der Bioinformatik samt ihren stofflichen und sozialen Auswirkungen auf Ökonomie und Gesellschaft angetrieben werden soll. Jeremy Rifkin spricht hier richtigerweise von einer „zweiten (künstlichen) Evolution“ (Rifkin 2000: 72ff, 113ff, 289ff), die durch einen Prozess der „inneren Landnahme“ kapitalistisch strukturiert wird – vergleichbar den „Einhegungen“ im England des 16. und des 18. Jahrhunderts, die die Privatisierung vormals in Gemeineigentum gehaltenen Bodens mit sich brachten. Die Durchsetzung dieser „zweiten Evolution“ wird von Patenten auf Leben, Gene, Software etc. begleitet – zumindest diese Facette wäre eigentlich ein idealer Anknüpfungspunkt an Marx' *Kapital*. Brenners Kapitalismuskritik tendiert immer noch stark dazu, dem globalen „System“ seine Stockungen und seine mangelnde Wachstumsdynamik vorzuhal-

ten – und die Mehrheit der Beiträge marxistisch orientierter Autoren in der „zweiten Brenner-Debatte“ macht da kaum eine Ausnahme.

Wer sich nach der Lektüre von Brenners Ausführungen fragt, welche Auswege aus dem „langen Abschwung“ der Weltwirtschaft möglich oder vorzuziehen sind, erhält keine Antwort. Das ist Brenner als einem Historiker nicht unbedingt vorzuwerfen, doch auch die Mitdiskutanten der „zweiten Brenner-Debatte“ gehen auf diese Fragestellung kaum oder nur sehr kursorisch ein. Ohne den Blick mit gleicher Priorität auf mögliche Krisenauswege zu richten, tendiert die ganze Diskussion zum redundanten Mantra eines bloß anklagenden Anti-Kapitalismus: „Kapitalismus ist Kapitalismus ist Kapitalismus“. Die Regulationsschule hingegen beschränkt die Alternativendiskussion auf die Suche nach dem „großen Kompromiss zwischen den sozialen Klassen“, der ein stabiles Entwicklungsmuster der Wirtschaft hervorbringt und von rechts wie links gleichermaßen verteidigt wird. Zugespitzt formuliert, geht es ihr um einen halbwegs adäquaten Ersatz für den Fordismus, der ihr als das bisher überlegenste geschichtliche Beispiel kapitalistischer Entwicklung mit gestärktem sozialen Zusammenhalt gilt. Es ist angesichts dieser Selbstbeschränkung des „Erwartungshorizonts“ nicht weiter verwunderlich, dass die Regulationsschule in den 80er und frühen 90er Jahren zunächst in einer sozialeren Variante des „Toyotismus“ einen adäquaten Lösungsansatz sah. Und es überrascht dann auch nicht, dass sich einige führende Vertreter vor dem Hintergrund des „Shareholder-Kapitalismus“ mit eigenen Varianten in die neosozialdemokratische Strategie des „Dritten Wegs“ (zu Kritik und Alternativen zum Dritten Weg vgl. Dräger u.a. 2000) einzureihen begannen, als sich die Versprechungen der angeblich „humanzentrierten Produktionsmodelle“ nicht realisierten.

Wer nach Auswegen aus dem „langen Abschwung“ auf einem Pfad der nachhaltigen Entwicklung und der Zukunftsfähigkeit sucht, kommt weder in der Analyse der kapitalistischen Entwicklung noch bei der Konzeption von Alternativen um die ökologische Frage und den Feminismus herum. Das ist bislang ein großes Manko sowohl im marxistischen Spektrum wie der Regulationsschule, wo sich nur wenige (z.B. Lipietz, Altvater/Mahnkopf, O'Connor) dieser Thematik in systematischer Weise angenommen haben. Dabei kommen dann auch die Verbindungen zwischen ökonomischer Entwicklung, Geschlechterverhältnissen, den herrschenden Paradigmen des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts, die Frage nach den Messkriterien gesellschaftlichen Wohlstands und das dahinter stehende Menschenbild in den Blick. Ich stimme weiterhin Hansgeorg Conert zu (vgl. Conert 1999), dass es nicht nur um alternative Wirtschaftspolitik, sondern auch um die Frage von alternativer *Wirtschaftsordnung* gehen muss – letzteres mit einem weiter gefassten Horizont als dem „Kompromissgleichgewicht“ der Regulationsschule. Zur Problematik „Alternative Wirtschaft“ möchte ich auf



Anknüpfungspunkte zu einer hierzulande ebenfalls kaum bekannten Debatte im angelsächsischen Sprachraum um *Marktsozialismus*, *Sozialisierung des Marktes* und *partizipatorische Planung* verweisen (vgl. Creydt 2001). Sie könnte fruchtbar gemacht werden für die kritische Auseinandersetzung um die institutionelle und ordnungspolitische Einbettung von Nachhaltigkeitsstrategien, wie sie etwa um die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (BUND/Misereor 1996) oder das Projekt „Arbeit und Ökologie“ der Hans-Böckler-Stiftung (HBS 2000) stattfinden.

Aus der „zweiten Brenner-Debatte“ gewinnt man immerhin den Eindruck, dass es der Mehrheit der AutorInnen nicht mehr wie in den 70er Jahren um eine bloße „Rekonstruktion des Marxismus“ geht. Inzwischen scheint die Erkenntnis weitere Kreise gezogen zu haben, dass Marx' Kritik der Politischen Ökonomie daselbst ein „unvollendetes Projekt“ mit einer Reihe ungelöster Fragen und Widersprüche ist. Der aktuelle „Neomarxismus“ ist also zunächst nur eine neue Baustelle, auf der gleichfalls eine Reihe von „Entsendekontingenten“ aus den Sparten Keynesianismus, Postkeynesianismus, Regulationsschule, neo-gramscianischer „Internationaler Politischer Ökonomie“, Ecological Economics usw. herumwerkeln. Das macht die Bauarbeiten gleichermaßen schwierig wie interessant. Ob aus der internationalen „Brenner-Debatte“ Impulse für eine neue Verbindung Marxscher Kritik der Politischen Ökonomie, Politischer Ökologie und Feminismus hervorgehen, kann erst die Zukunft zeigen. Eine breitere Rezeption im deutschen Sprachraum wäre für einen solchen Prozess zumindest förderlich.

## Literatur

- Aglietta, Michel (1979): *A Theory of Capitalist Regulation. The US-Experience*, London
- (2000): *Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand*, Hamburg
- Altwater, Elmar (1991): *Die Zukunft des Marktes*, Münster
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996): *Grenzen der Globalisierung*, Münster
- BIZ: Bank for International Settlements (1999): *69<sup>th</sup> Annual Report 1998 – 1999*, Basel
- (2000): *70<sup>th</sup> Annual Report 1999 – 2000*, Basel
- Bischoff, Joachim/Otto, Axel u.a. (1993): *Ausbeutung, Selbstverrätzelung, Regulation. Der 3. Band des Kapitals*, Hamburg
- Bischoff, Joachim (2001): *Mythen der New Economy*, Hamburg
- Bourdin (2000): *Bericht an den französischen Senat zu den makroökonomischen Perspektiven 2000 – 2005*, Paris, 15.11.2000
- Boyer, Robert (1988): Technical Change and the Theory of Regulation, in: G. Dosi et al. (eds.), *Technical Change and Economic Theory*, London
- (2000): Is a finance-led growth regime a viable alternative to Fordism? A preliminary analysis, in: *Economy and Society*, Vol. 29, No. 1, February 2000, S. 110 – 145
- Brenner, Robert u. Glick, Mark (1991): The Regulation School and the West's Economic Impasse, *New Left Review* 188, July/August, S. 45 – 119
- Brenner, Robert (1998): The Economics of Global Turbulence, *New Left Review* 229, May/June
- (2000): The Boom and the Bubble, *New Left Review* 6, Second Series, November/December
- BUND/Misereor (1996): *Zukunftsfähiges Deutschland*, Basel
- Candeias, Mario (2000): *Die Politische Ökonomie der USA an der Wende zum 21. Jahrhundert*, Manuskript, Berlin

- Conert, Hansgeorg (1999): Alternative Wirtschaftspolitik – alternative Wirtschaft., in: *Sozialismus* Nr. 9 (September), 26. Jahrgang, Heft Nr. 226
- Creydt, Meinhard (2001): Partizipatorische Planung und Sozialisierung des Marktes., in: *Widerspruch* 40, 21. Jg./1. Halbjahr 2001, Basel
- Davis, Mike (1978): Fordism in Crisis. A Review of Michel Aglietta's *Régulation et crises: L'expérience des États Unis*, in: *Review*, II, Fall, Binghampton
- Dräger, Klaus/Buntenbach, Annelie/Kreutz, Daniel (2000): *Zukunftsfähigkeit und Teilhabe. Alternativen zur Politik der rot-grünen Neuen Mitte*, Hamburg
- Evans, Trevor (2001): Die Rolle finanzieller Faktoren im US-amerikanischen Wirtschaftsboom der 90er Jahre, in: *PROKLA* 122, Berlin
- Frankel, Boris (1997): Beyond Labourism and Socialism: How the Australian Labour Party Developed the Model of „New Labour“, in: *New Left Review* 221, January/February
- Hans-Böckler-Stiftung (2000): *Projektabschlussbericht „Arbeit und Ökologie“* (gemeinsam erstellt von DIW, WZB und Wuppertal-Institut), Berlin und Wuppertal
- Hein, Eckhard (1997): *Geld, effektive Nachfrage und Kapitalakkumulation. Eine Betrachtung aus Marxscher, Keynescher und post-keynesianischer Perspektive*, Berlin
- Heinrich, Michael (1999): *Die Wissenschaft vom Wert*, 2. erw. Auflage, Münster
- Historical Materialism (1999a): Brenner-Symposium Part 1, *Historical Materialism* No. 4, London
- Historical Materialism (1999b): Brenner-Symposium Part 2, *Historical Materialism* No. 5, London
- Hufschmidt, Jörg (1999): *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, Hamburg
- (2001): *Die internationalen Finanzmärkte – das Zentrum des revitalisierten Kapitalismus?* Bremen, Manuskript
- Husson, Michel (1999): Riding the Long Wave, in: *Historical Materialism* 5, London
- (2000): Les fausses promesses de l'épargne salariale, in: *Le Monde Diplomatique*, Février 2000, S. 20, 21
- Itoh, Makoto (2000): *The Japanese Economy Reconsidered*, London
- Krugman, Paul (1996): *Pop Internationalism*, Cambridge/Mass. & London
- (2000): *The Return of Depression Economics*, London
- Kurz, Constanze (1999): *Repetitivarbeit – unbewältigt. Betriebliche und gesellschaftliche Entwicklungsperspektiven eines beharrlichen Arbeitstyps*, Berlin
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodologische Anmerkungen zum Begriff der „Regulation“, in: *PROKLA* 58, Berlin
- (1995/97): Die Welt des Postfordismus, in: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, 7-8/97; (leicht gekürzte Fassung eines Vortrags vom September 1995)
- (1998): *Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften*, Berlin-Hamburg
- Maddison, A. (1982): *Phases of Capitalist Development*, Oxford
- Prieue, Jan/Havighorst, Frank (1999): *Auf dem Weg zur Teilhabergesellschaft?* Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe wirtschaftspolitische Diskurse Nr. 123, Bonn
- Prieue, Jan (2001): Vom Lohnarbeiter zum Shareholder? in: *PROKLA* 122, Berlin
- Reuter, Norbert (1998): *Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität*, Marburg
- Rifkin, Jeremy (2000): *Das biotechnische Zeitalter*, München
- Rojas, Raúl (1989): *Das unvollendete Projekt. Zur Entstehungsgeschichte von Marx' Kapital*, Berlin/Hamburg
- Sablowski, Thomas/ Rupp, Joachim (2001): Die neue Ökonomie des Shareholder Value. Corporate Governance im Wandel, in: *PROKLA* 122, Berlin
- Scherrer, Christoph (2001): New Economy: Wachstumsschub durch Produktivitätsrevolution? in: *PROKLA* 122, Berlin
- Schumann, Michael (1997): *Frisst die Shareholder-Value-Ökonomie die moderne Arbeit?* in: *Frankfurter Rundschau* vom 18.11.1997
- Strutynski, Peter (1996): Die Legende vom Postfordismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6
- Wolf, Winfried (1973): Zur ökonomischen Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus nach 1945; in: *Die Internationale*, Nr. 1, Juli 1973, S. 86 – 183
- Zinn, Karl Georg (1997): *Jenseits der Marktmythen*, Hamburg